

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1. Einleitung	23
A. Vermögensbindung als Regelungskonzept	23
B. Vermögensbindung im rechtspolitischen Diskurs	26
I. Volkswirtschaftliche Bedeutung	26
II. Vermögensbindung im Blickfeld des Gesetzgebers	27
C. Ziel und Grundgedanken der Untersuchung	29
I. Untersuchungsansatz	29
II. Leitlinien der Untersuchung de lege lata	32
III. Leitlinien der Untersuchung de lege ferenda	35
Kapitel 2. Zweck und Reichweite der Vermögensbindung	39
A. Der Untersuchungsgegenstand im akademischen Diskurs	39
I. Rechtsdogmatische Grundlagen	39
1. Vermögensbindung in der Aktiengesellschaft und KGaA	39
1. Aktienrechtliche Einbettung des Vermögensbindungsprinzips	42
2. Europarechtliche Vorgaben	43
II. Vermögensbindung in der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung	45
1. Die Lehre von der umfassenden Vermögensbindung	45
2. Die Lehre vom binären Kapitalschutzsystem	46
3. Sozialpolitisch motivierte Ansätze zur Stärkung der Vermögensbindung	47
III. Der Zweck der Vermögensbindung als Theorienstreit	48
1. Die Theorie der vier Schutzrichtungen	49
2. Schutzzweck- und Schutzreflexdifferenzierungen	50
a) Die Theorie vom Primat des Gläubigerschutzes	50
b) Die Theorie von der Zweckdifferenz der Vermögensbindungsformen	51
IV. Anforderungen an die Revisitation des Theorienstreits	52
B. Historische Herleitung des Telos der Vermögensbindung	53
I. Der Rechtszustand bis zur Herausbildung der Vermögensbindung	53
1. Der Rechtszustand Anfang des 19. Jahrhunderts	53
2. Vermögensbindung und Statutenpraxis	54
II. Die Ursprünge der Vermögensbindung	55
3. Der Versuch einer Aktiengesetzgebung in Sachsen 1836/1837	55
1. Das Preußische Aktiengesetz von 1843	58
a) Die Bedeutung der preußischen Kodifikation	58
b) Vermögensbindung in den Beratungen des Entwurfes	59

c)	Das Vermögensbindungsprinzip im preußischen Aktiengesetz	61
d)	Die Kapitalschutzkonzeption des preußischen Aktiengesetzes	62
e)	Zwecke der Vermögensbindung im engeren wie im weiteren Sinne	64
II.	Die Etablierung der Vermögensbindung im ADHGB von 1861	66
1.	Entwicklungslinien des ADHGB von 1861	66
2.	Die Beratung der Vermögensbindung und ihrer Alternativen	68
a)	Vermögensbindung im engeren Sinne	68
b)	Vermögensbindung im weiteren Sinne	69
	(1) Der Antrag zur Abschaffung der Vermögensbindung im weiteren Sinne.	70
	(2) Der Antrag zur Aufweichung der Vermögensbindung	70
	(3) Der Antrag zur Beibehaltung der Vermögensbindung	71
3.	Das Regelungskonzept des ADHGB von 1861	72
4.	Rechtspolitische Würdigung	73
III.	Vom ADHGB bis zum Aktiengesetz	77
1.	Rechtskontinuität der Vermögensbindung	77
2.	Vermögensbindung bis zur Reichsgründung 1871	77
3.	Von der Aktienrechtsnovelle 1884 bis zum Aktiengesetz von 1937	79
4.	Vom Aktiengesetz von 1937 bis zum Aktienrecht unserer Zeit	81
C.	Entscheidung des Theorienstreits	82
I.	Widerlegung der Theorie von den vier Schutzrichtungen	82
II.	Widerlegung der Theorie von der Zweckdifferenz	84
III.	Zweckbestimmung des Vermögensbindungsprinzips	87
1.	Ratio legis der Vermögensbindung	87
2.	Zweigleisigkeit des Vermögensschutzkonzepts	89
3.	Ertrag für das Verständnis der Reichweite des Vermögensbindungsprinzips	89
D.	Reichweite der Vermögensbindung	90
I.	Der Verbotstatbestand der Einlagenrückgewähr	90
II.	Adressat	91
1.	Einlagenrückgewähr an Aktionäre	91
2.	Einlagenrückgewähr an Dritte	91
III.	Inhalt	94
1.	Objektiver Rechtsverstoß	94
2.	Subjektive Komponente	97
IV.	Sonderfälle	98
1.	Erweiterung des Vermögensbindungsprinzips	98
2.	Verengungen des Vermögensbindungsprinzips	99

E. Rechtsfolgen vermögensbindungswidriger Leistungen	99
I. Wirksamkeit der Verpflichtung und Verfügung über das Gesellschaftsvermögen	99
1. Vermögensbindung als Verbotsgesetz	101
2. Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	102
a) Die bürgerlich-rechtliche Nichtigkeitsfolge als Auslegungsregel	102
b) Die aktienrechtliche Rückgewährpflicht als Spezialvorschrift	102
c) Systematische Überlegungen	103
(1) Schmälerung des Haftungsfonds durch Eigentumsverschaffung	103
(2) Schmälerung des Haftungsfonds durch Besitzübertragung	105
d) Historische Erwägungen	105
e) Teleologische Erwägungen	107
3. Nichtigkeit des Verpflichtungsgeschäfts	109
II. Rückgewähransprüche	109
1. Adressat	110
a) Aktionär	110
b) Dritte	110
2. Anspruchsinhalt	111
a) Dogmatische Grundlagen	111
b) Rückabwicklung dem Werte nach	113
3. Anspruchsdurchsetzung	116
III. Schadensersatzansprüche	117
F. Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	118
 Kapitel 3. Quantitative Wirkungsgrenzen der Vermögensbindung	121
A. Der Anspruch des Aktionärs auf den Bilanzgewinn	121
I. Vermögensbindung, Dividendenanspruch und bilanzielle Betrachtungsweise	121
II. Der Widerstreit zwischen Gläubiger- und Aktionärsinteresse	123
1. Gläubigerinteresse und Unternehmensziele	123
2. Gläubigerschutz als Agency-Problem	124
a) Der Gläubiger-Eigner-Konflikt	124
b) Der Manager-Eigner-Konflikt	125
3. Der Manager-Eigner-Konflikt als Katalysator des Dividendenrechts	126
III. Ermittlung und Verwendung des verteilungsfähigen Gewinns	129
1. Das Verfahren zur Aufstellung des Jahresabschlusses	129
2. Ermittlung des verteilungsfähigen Gewinns	131

a)	Überblick	131
b)	Das Jahresergebnis als Ausgangswert	132
c)	Die Überleitung vom Jahresergebnis zum Bilanzergebnis	132
	(1) Verrechnung mit einem Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	132
	(2) Entnahmen aus der Kapital- und Gewinnrücklage	133
	(3) Einstellungen in die Gewinnrücklage	133
3.	Verwendung des ausschüttungsfähigen Gewinns	133
IV.	Prozessualer Gläubigerschutz	134
B.	Das System der Rücklagen im Aktienrecht	136
I.	Begriff und Funktion der Rücklagen	137
II.	Offene Rücklagen in der Aktiengesellschaft und der KGaA	138
1.	Kapitalrücklage	138
2.	Gewinnrücklagen	139
a)	Die gesetzliche Rücklage in der Aktiengesellschaft und der KGaA	139
b)	Rücklage für Anteile an einem verbundenen Unternehmen	141
c)	Satzungsmäßige Rücklage	141
d)	Andere Gewinnrücklagen	141
III.	Stille Rücklagen in der Aktiengesellschaft und der KGaA	142
C.	Bilanzielle Grundlagen	142
I.	Der Jahresabschluss im System des betrieblichen Rechnungswesens	142
II.	Theorien des Jahresabschlusses	144
1.	Konnexität von Bilanzrechtstheorie und Vermögensbindung	144
2.	Die statische Bilanztheorie	145
3.	Die dynamische Bilanztheorie	147
4.	Die organische Bilanztheorie	148
	5. Geeignetheit der Bilanztheorien als Grundlage der Vermögensbindung	149
III.	Vermögensbindung im Zweckgefüge des Jahresabschlusses	151
1.	Dokumentation	151
2.	Information	152
3.	Kapitalerhaltung und Ausschüttungsbemessung	152
a)	Gläubigerschutz als Zweck des Jahresabschlusses	152
b)	Ausschüttungs- und Zahlungsbemessung	153
4.	Entwicklung der Jahresabschlusszwecke	154
IV.	Gläubigerschutz im Gefüge bilanzieller Ansatz- und Bewertungsregeln	157
1.	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	158
a)	Der Rechenschaftsgrundsatz der Unternehmensfortführung	158

b)	Kapitalerhaltungsgrundsätze	159
	(1) Das Realisationsprinzip	159
	(2) Das Imperatitsprinzip	159
	(3) Das Vorsichtsprinzip	160
2.	Allgemeine Ansatzregeln	160
3.	Allgemeine Bewertungsregeln	161
D.	Ausschüttungsbemessung durch Bilanzpolitik	162
I.	Bilanzpolitik und ihre Motivation	162
II.	Offene Rücklagen als Instrument der Bilanzpolitik	164
	1. Einsatz offener Rücklagen zur Beeinflussung des Bilanzergebnisses	164
a)	Verwendung der Kapitalrücklage	164
	(1) Verlustabdeckung	165
	(2) Gewinnausschüttung	167
b)	Verwendung der Gewinnrücklagen	168
2.	Steuerrechtliche Folgen	169
3.	Effizienz offener Rücklagen als Gläubigerschutzinstrument	169
III.	Stille Rücklagen als Instrument der Bilanzpolitik	170
1.	Bildung stiller Rücklagen	170
a)	Gesetzliche Zwangsrücklagen	170
b)	Dispositions- und Ermessensrücklagen	170
c)	Willkürrücklagen	173
2.	Auflösung stiller Rücklagen	174
3.	Steuerrechtliche Folgen	175
4.	Effizienz stiller Rücklagen als Gläubigerschutzinstrument	175
IV.	Sachverhaltsgestaltungen als Instrument der Bilanzpolitik	177
E.	Friktionen von Handelsbilanzrecht und Vermögensbindungsprinzip	178
I.	Funktionswandel der Bilanz und Vermögensbindung	179
II.	Zweckdivergenz von Bilanzrecht und Vermögensbindung	180
III.	Vermögensbindung und Unternehmenserhalt	182
1.	Ausschüttungsbemessung und Liquiditätsplanung	182
2.	Ausschüttungsbemessung und Investitionsplanung	183
3.	Ausschüttungsbemessung und Preissteigerung	183
IV.	Handelsbilanzieller Regelungsausblick	184
1.	Gläubigerschutz als Ziel einer HGB-Reform	184
2.	Gesellschaftsrechtliche Ausschüttungsbilanz	185
F.	Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	187
Kapitel 4. Qualitative Schranken der Vermögensbindung		189
A.	Vermögensbindung im System der aktienrechtlichen Haftungsverfassung	189
I.	Vermögensbindung als unvollkommenes Regelungskonzept	189

II.	Abgrenzung zu alternativen Haftungsinstituten	190
1.	Der Missbrauch der Vertretungsmacht	190
a)	Überschneidungen beider Haftungsinstitute	190
b)	Vermögensbindungsrechtliche Grenzen organschaftlicher Vertretungsmacht	192
(1)	Missbrauch der Vertretungsmacht	192
(i)	Rechtsmacht zum Rechtsverstoß	192
(ii)	Befugnis zum Rechtsverstoß	193
(2)	Kollusion	195
(i)	Einlagenrückgewähr als Treueverstoß	196
(ii)	Subjektives Element	200
c)	Konkurrenz von Vermögensbindung und Kollusion	200
d)	Zwischenergebnis	202
2.	Überhöhte Vergütung der Vorstandsaktionäre	202
III.	Kapitalmarktinformationshaftung als Schutzrechtskollision	203
1.	Der Konflikt zwischen Anleger- und Gläubigerinteresse	203
2.	Rechtsprechungsgrundsätze zur Kapitalmarktinformationshaftung	204
3.	Grundsatz des Vorrangs der Deliktschaftung	205
B.	Rechtsform als Vorbedingung der Vermögensbindung	207
I.	Rechtsformfreiheit und Vermögensbindung	207
II.	Vermögensbindung in der Umwandlung	207
1.	Umwandlungsrechtliche Grundlagen	207
a)	Vermögensbindung bei der Verschmelzung	207
b)	Vermögensbindung bei der Spaltung	209
c)	Vermögensbindung beim Formwechsel	210
2.	Gläubigerschutz in der Umwandlung	210
III.	Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	212
C.	Durchbrechungen der Vermögensbindung und ihre Rechtfertigung	212
I.	Der zulässige Erwerb eigener Aktien	212
1.	Das Verhältnis von Aktienrückkauf und Einlagenrückgewähr	212
2.	Der Erwerb eigener Aktien aus ökonomischer Sicht	213
3.	Vermögensbindungsrechtliche Vorgaben an den Aktienrückkauf	215
4.	Gläubigergefährdung und Gläubigerschutz beim Aktienrückkauf	216
II.	Cash Pooling und drittgleiche Aktionärsgeschäfte	218
1.	Cash Pooling und Liquiditätsmanagement im Konzern	219
2.	Cash Pooling als Rechtsproblem	219
3.	Die legislatorische Absicherung des Cash Pooling	221
a)	Ziele des Gesetzgebers	221

b)	Umsetzung	222
	(1) Leistung	222
	(2) Gegenleistungs- und Rückgewähranspruch	223
	(3) Vollwertigkeit und Deckung	225
	(i) Definitionen	225
	(ii) Herleitung	225
	(4) Materieller Gehalt des Vollwertigkeitsgebots	226
	(i) Zweck	226
	(ii) Bilanzielle Grundlagen	227
	(iii) Das Problem zinsloser oder unterverzinsten Darlehen	227
	(5) Materieller Gehalt des Deckungsgebots	230
	(i) Zweck	230
	(ii) Aktienrechtliche Grundlagen	231
	(iii) Privilegierung von Darlehen an Gesellschafter	232
	(6) Stehenlassen von Gesellschafterverbindlichkeiten als Einlagenrückgewähr	234
4.	Bewertung der „exceptio cash pool“	237
III.	Aktionärsdarlehen	237
	1. Eigenkapitalersatzrecht als legislatorische Herausforderung	238
	2. Die Reform durch das MoMiG	239
IV.	Überkreuzbeteiligungen	239
V.	Vergütung von Nebenleistungen	240
VI.	Gründungsaufwand als Sondervorteil	240
VII.	Kapitalherabsetzung	240
VIII.	Liquidation	241
D.	Konzernherrschaft als qualitative Grenze der Vermögensbindung	241
I.	Der Konzernkonflikt aus der Perspektive der Vermögensbindung	242
	1. Formen von Unternehmensverbindungen im Aktienrecht	242
	2. Unternehmensfinanzierung als Konzernproblem	242
	3. Gläubigerschutz im Konzern	243
II.	Vermögensbindung in der eingegliederten Gesellschaft	244
III.	Vermögensbindung im Vertragskonzern	245
	1. Grundlagen	245
	2. Suspendierung der Vermögensbindung	246
	3. Gläubigerschutz im Vertragskonzern	248
	a) Gläubigerschutz durch die beherrschte Gesellschaft	248
	b) Gläubigerschutz durch das herrschende Unternehmen	249
IV.	Vermögensbindung im faktischen Konzern	249
	1. Überlagerung der Vermögensbindung im weiteren Sinne	250
	2. Überlagerung der Vermögensbindung im engeren Sinne	251
	a) Der Wertungswiderspruch des Überlagerungsgedankens	252

b)	Vermögensschutz in der konzernrechtlichen Wertungskonzeption	253
	(1) Wortlaut	254
	(2) Systematik	254
	(3) Historie	255
	(4) Sinn und Zweck	257
	(i) Gläubigerschutz	258
	(ii) Schutz der außenstehenden Aktionäre	259
	(iii) Abstandsgebot von faktischem Konzern zum Vertragskonzern	259
	(5) Zwischenergebnis	260
c)	Lösungsansatz	260
d)	Möglicher Einwand	261
E.	Das Schrankensystem der Vermögensbindung in der gesetzlichen Wertungskonzeption	261
I.	Wertigkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne	261
1.	Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des AktG ¹⁹³⁷	261
2.	Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des AktG ¹⁹⁶⁵	262
3.	Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des Aktienrechts nach 1965	263
II.	Gläubigerschutzinstrumente	264
1.	Abstrakt-genereller Gläubigerschutz im älteren Aktienrecht	264
2.	Konkret-individueller Gläubigerschutz im modernen Aktienrecht	265
3.	Ineffizienz des abstrakt-generellen Gläubigerschutzes	266
III.	Bagatellzugriffe	267
IV.	Synthese der gesetzgeberischen Wertungen	267
F.	Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	269
 Kapitel 5. Effizienz und Erforderlichkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne		
A.	Effizienzanalyse der Vermögensbindung im weiteren Sinne	271
I.	Effizienzbegriff	271
II.	Kosten	272
1.	Transaktionskosten	272
2.	Rechtsunsicherheit	273
3.	Erhöhung der Fremdkapitalkosten	273
4.	Erschwerung von Aktionärsgeschäften	273
5.	Behinderung des flexiblen Kapitalabzugs	274
6.	Nationale Sonderregelung	274

III. Nutzen	276
1. Gläubigerschutz durch Schaffung eines zusätzlichen Haftungsfonds	276
2. Stärkung der Liquiditätsposition des Unternehmens	277
3. Förderung der Gleichbehandlung der Aktionäre	277
4. Seriositätsvorteil	278
5. Reputationsgewinn	278
IV. Wirtschaftlichkeit	279
1. Rechtstatsächlicher Befund	279
a) Möglichkeiten und Grenzen der Rechtstatsachenforschung	279
b) Leitidee und Grundhypothese der Untersuchung	281
c) Ergebnis der rechtstatsächlichen Untersuchung	282
d) Mögliche Einwände	283
(1) Stabilität der Insolvenzstatistiken	283
(2) Zusammenhang von Vermögensbindung und Befriedigungsquoten	284
(3) Rechtsformverschiedene Risikoanreizstrukturen	285
2. Rechtsökonomischer Befund	286
a) Rückläufige Bedeutung stiller Reserven	286
b) Umgehbarkeit	287
c) Konzeptionelle Unschärfe	287
d) Fehlender Schutz von Gläubigern aus Dauerschuldverhältnissen	289
e) Überregulierung von Aktionärgeschäften	290
f) Flüchtigkeit des Kapitalschutzes	291
g) Begünstigung von Kapitalallokationsineffizienz	292
h) Versicherbarkeit der Risiken	292
V. Schlussfolgerung	294
B. Erforderlichkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne	295
I. Erwägungen de lege ferenda	295
II. Umgehungsschutz der Vermögensbindung im engeren Sinne	296
III. Gläubigerschutz durch zusätzlichen Haftungsfonds	296
1. Ausgangsüberlegungen	296
2. Rechtstatsächliche Analyse	297
3. Analyse des Rechtsrahmens	299
a) Vermögensbindung durch Vorstandshaftung	300
(1) Unternehmenserhalt als Vorstandspflicht	300
(2) Verdeckte Gewinnausschüttung als Obliegenheitsverletzung	301

b)	Vermögensschutz durch Aktionärshaftung	302
	(i) Die Haftung aus Einfluss auf die Aktiengesellschaft	302
	(i) Existenzvernichtungshaftung	302
	(ii) Die Aktionärshaftung bei verdeckten Vermögenszuwendungen	304
c)	Aktionärsschutz durch Gleichbehandlungspflicht	306
d)	Substanzschutz durch Ausschüttungssperren	306
	e) Masseschutz durch Insolvenzanfechtung	309
	IV. Schlussfolgerung	311
C.	Reform der aktienrechtlichen Haftungsverfassung	312
	I. Leitlinien einer Reform des Kapitalschutzes	312
	II. Vorschläge auf europäischer Ebene	312
	III. Vorschläge auf nationaler Ebene	313
	1. Abschaffung der Vermögensbindung im weiteren Sinne	313
	a) Einschränkung des absoluten Vermögensschutzes	313
	b) Reform der Financial Assistance	314
	2. Effektuierung der Vermögensbindung im engeren Sinne	315
	3. Stärkung der Verantwortlichkeit der Verwaltung	315
	4. Effektuierung der Organhaftungsklagen	317
	5. Stärkung der Verantwortlichkeit Einfluss nehmender Aktionäre	320
	6. Transparenz von Aktionärsgeschäften	321
D.	Vorschlag eines Gesetzesentwurfes nebst Begründung	322
	I. Neufassung des § 26 AktG (Sondervorteile, Gründungsaufwand)	322
	1. § 26 Entwurf AktG - Gesetzestext	322
	2. § 26 Entwurf AktG - Begründung	322
	II. Neufassung des § 53a AktG (Gleichbehandlung, verdeckte Vermögenszuwendung)	322
	1. § 53a Entwurf AktG - Gesetzestext	322
	2. § 53a Entwurf AktG - Begründung	323
	III. Neufassung des § 57 AktG (Keine Rückgewähr der Einlagen)	324
	1. § 57 Entwurf AktG - Gesetzestext	324
	2. § 57 Entwurf AktG - Begründung	325
	a) Streichung des § 57 Abs. 1 S. 2 AktG	325
	b) Aufhebung des § 57 Abs. 2 AktG	325
	c) Neufassung des § 57 Abs. 3 AktG	326
	IV. Aufhebung des § 59 AktG (Abschlagszahlung auf den Bilanzgewinn)	326
	1. § 59 Entwurf AktG - Gesetzestext	326
	2. § 59 Entwurf AktG - Begründung	326
	V. Änderung des § 60 AktG (Gewinnverteilung)	327
	1. § 60 Entwurf AktG - Gesetzestext	327
	2. § 60 Entwurf AktG - Begründung	327

VI. Aufhebung des § 61 AktG (Vergütung von Nebenleistungen)	327
1. § 61 Entwurf AktG - Gesetzestext	327
2. § 61 Entwurf AktG - Begründung	327
VII. Ergänzung des § 62 AktG (Haftung der Aktionäre)	328
1. § 62 Entwurf AktG - Gesetzestext	328
2. § 62 Entwurf AktG - Begründung	328
VIII. Neufassung des § 71a AktG (Umgehungsgeschäfte)	328
1. § 71a Entwurf AktG - Gesetzestext	328
2. § 71a Entwurf AktG - Begründung	329
IX. Ergänzung des § 76 AktG (Leitung der Aktiengesellschaft)	329
1. § 76 Entwurf AktG - Gesetzestext	329
2. § 76 Entwurf AktG - Begründung	329
X. Neufassung des § 93 AktG (Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder)	330
1. § 93 Entwurf AktG - Gesetzestext	330
2. § 93 Entwurf AktG - Begründung	330
a) Absatz 2 - D&O-Versicherung	330
b) Absatz 3 - Haftungstatbestände	331
c) Absatz 3a - Pflichtversicherung	331
d) Absatz 3b - Zusatzversicherung	332
e) Absatz 3c - Veröffentlichungspflicht	332
f) Absatz 3d - Direktanspruch	332
g) Absatz 6 - Verjährung	333
XI. Einfügung des § 93a AktG (Haftungsklage)	333
1. § 93a Entwurf AktG - Gesetzestext	333
2. § 93a Entwurf AktG - Begründung	334
XII. Konturierung des § 116 AktG (Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder)	335
1. § 116 Entwurf AktG - Gesetzestext	335
2. § 116 Entwurf AktG - Begründung	335
XIII. Reform des § 142 AktG (Bestellung der Sonderprüfer)	335
1. § 142 Entwurf AktG - Gesetzestext	335
2. § 142 Entwurf AktG - Begründung	336
XIV. Reform des § 147 AktG (Geltendmachung von Ersatzansprüchen)	336
1. § 147 Entwurf AktG - Gesetzestext	336
2. § 147 Entwurf AktG - Begründung	336
XV. Reform des § 150 AktG (Gesetzlicher Reservefonds)	337
1. § 150 Entwurf AktG - Gesetzestext	337
2. § 150 Entwurf AktG - Begründung	337
XVI. Ergänzung des § 225 AktG (Gläubigerschutz)	338
1. § 225 Entwurf AktG - Gesetzestext	338
2. § 225 Entwurf AktG - Begründung	338

XVII. Neufassung des § 272 AktG (Gläubigerschutz)	338
1. § 272 Entwurf AktG - Gesetzestext	338
2. § 272 Entwurf AktG - Begründung	339
XVIII. Anpassung des § 291 AktG (Beherrschungsvertrag, Gewinnabführungsvertrag)	339
1. § 291 Entwurf AktG - Gesetzestext	339
2. § 291 Entwurf AktG - Begründung	339
XIX. Redaktionelle Neufassung des § 300 AktG (Gesetzliche Rücklage)	339
1. § 300 Entwurf AktG - Gesetzestext	339
2. § 300 Entwurf AktG - Begründung	340
a) Neufassung des § 300 Abs. 1 AktG	340
b) Neufassung des § 300 Abs. 2 AktG	341
c) Neufassung § 300 Abs. 3 AktG	341
Kapitel 6. Schlussbetrachtungen	343